

„Wir wollen konsumieren“

SPIEGEL-Reporter Hans Halter über das Jahr der deutschen Wiedervereinigung (III)

Mit beiden Händen warfen die Flüchtlinge das Geld aus dem Fenster. Wer im Wendeherbst 1989 nach Westen aufbrach, der wollte nie wieder etwas mit den ostdeutschen „Alu-Chips“ zu tun haben. In den Flüchtlingszügen aus Prag und Warschau fiel der Kurs der Ost-Mark auf Null, am Bankschalter auf 1 : 10, 1 : 15, 1 : 20.

Die leichten Münzen, verziert mit Hammer, Zirkel, Ährenkranz und einem weiteren, vieldeutigen Motiv – Eichenlaub? Baggerschaufel? Sägeblatt? –, zeigten ebenso wie die Banknoten allesamt Strichzeichnungen aus der Welt der „materiellen Produktion“. Die Arbeiter kamen sich veralbert vor. Ihrer festen Überzeugung nach hatten „die da oben“, die „roten Socken“ in Partei und Staat der DDR, ihr Leben längst auf West-Geld gegründet. An dieser Vermutung war viel Wahres.

Privat koppelten sich die leitenden Kader in den achtziger Jahren fast vollständig von der kümmerlichen Warenwelt in ihrer Republik ab. In Wandlitz, der im Wald versteckten Wohnsiedlung des Politbüros, hielt der Supermarkt fast nur Westwaren feil. Den Nachschub organisierte die Stasi.

Stasi-Generaloberst Markus („Mitscha“) Wolf, der seit 1986 offenbar hoffte, der Arbeiterklasse der DDR als neuer Partei- oder Regierungschef zu einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu verhelfen, ließ seine Privatwohnung für 200 000 West-Mark mit importierter Küchentechnik, Unterhaltungselektronik, Sauna und Solarium ausstatten. Damals verdiente ein Arbeiter durchschnittlich 800, ein Friedhofsgärtner 375 Ost-Mark.

Weiter oben wurde in „Valuta-Mark“ gerechnet oder gleich in Dollar. Valuta-Mark nannte man offiziell die West-Mark, das Geld des Klassenfeindes.

Man gab sich viel Mühe, es zu erwerben. Für Valuta-Mark verkaufte die DDR politische Gefangene, alte Briefmarken, historisches Kopfsteinpflaster und echte Rauhfaser Tapete an den Westen; jede Genehmigung – die DDR zu betreten, dort Auto zu fahren, einen Hund oder sogar ein (versiegeltes!) Autotelefon mitzuführen – war westgeldpflichtig. Doch es reichte einfach nicht.

1970 hatte die DDR zwei Milliarden West-Mark Schulden. 1983 fingerten

tierbaren Devisen nachschob: 5,9 Milliarden Dollar Einnahmen, 18 Milliarden Dollar Ausgaben.

Schulden bei über 400 westlichen Banken; Konkursverschleppung seit mindestens fünf Jahren; keine neuen Kreditlinien im westlichen Ausland; eine „vollkommen absurde Geldpolitik“ (so später Bundesbankchef Karl Otto Pöhl) – die DDR war bankrott.

Egon Krenz sah keinen Ausweg. „Wenn wir real vorgehen und das Le-

beniveau abschließlich auf die eigene Leistung gründen, muß man es sofort um 30 Prozent senken“, rechnete er seinem Großen Bruder vor, aber: „Das ist politisch nicht zu verantworten.“ Nur gut, so Krenz laut „streng geheimem Protokoll“, daß „der Zustand der Zahlungsbilanz gegenwärtig in der DDR nicht bekannt ist“.

Diesen Trost nahm Gorbatschow dem Krenz. Es sei, sagte der KPdSU-Chef seinem Freund aus Ost-Berlin, vielmehr „notwendig, die ganze Wahrheit auszusprechen“ – nun gut, „allmählich“. Krenz hat das bis heute nicht geschafft. Gorbatschow

erledigte die Sache mit einem anderen Deutschen, einem reichen Mann vom Rhein.

Ohne Zaudern ließ Helmut Kohl im Jahr der Wiedervereinigung die Milliarden springen. An Geld sollte das Jahrhundertwerk nicht scheitern. „Nichts ist so fest verschätzt, daß Geld es nicht erobert kann“, hatte schon der kluge Römer Cicero erkannt. Die DDR-Schulden erbe die reiche Bundesrepublik.

49 Milliarden Mark sind – einerseits – viel Geld. Jede Milliarde hat neun Nullen, erläuterte der damalige Finanzminister Helmut Schmidt mit Blick auf seinen Kanzler Willy Brandt (der das angeblich nicht wußte). Und um eine Milliarde zusammenzubekommen, muß man fast 20 Jahre lang jeden Samstag eine Million im Lotto gewinnen.



Geschäftspartner Schalck, Strauß (1984): Kredit gefingert

Oberschieber Schalck-Golodkowski und CSU-Chef Franz Josef Strauß einen Milliarden-Kredit. Die Gesamtverschuldung blieb streng geheim.

Am 1. November 1989 gestand der neue SED-Chef Egon Krenz dem Kreml-Herrscher Michail Gorbatschow in Moskau die ganze Wahrheit. Gorbatschow fiel fast vom Stuhl: „49 Milliarden Valuta-Mark Auslandsschulden?“ fragte er entsetzt. „Ist diese Zahl exakt?“ Der Genosse Egon nickte beschämt. Gorbatschow: „So prekär habe ich mir die Lage aber nicht vorgestellt.“

Die schreckliche Zahl hatte Krenz in seinen Notizen dick unterstrichen, fünf-fach. Es hat den „lieben Genossen Michail Sergejewitsch“ nicht getröstet, daß der flotte Egon gleich noch die Zahlungsbilanz 1989 der DDR bei konver-

JÜRGEN OST + EUROPA-PHOTO



Wahlkämpfer Kohl*: Mehr Zuhörer als jemals zuvor oder danach

Andererseits: 1989 brauchten die westdeutschen Bürger gerade einmal eine gute Woche, um ein Bruttosozialprodukt von 49 Milliarden Valuta-Mark zu erarbeiten. Damals betrug das private Geldvermögen 2600 Milliarden Mark, und das westdeutsche Gesamtvermögen war noch dreimal so hoch. So gesehen, waren die 49 Milliarden Mark Schulden, die der Deutschen Demokratischen Republik im 41. Jahr ihres Lebens das Genick brachen, nur Peanuts.

Gorbatschow lernte die Großzügigkeit Kohls bald schätzen, denn ihm selbst stand das Wasser auch bis zum Hals: die Staatsfinanzen zerrüttet; sinkende Produktion in Industrie und Landwirtschaft; die KPdSU zerstritten über den Weg aus der Misere; nationale Rivalitäten an allen Rändern des Imperiums und dann auch noch diese immer frecher werdenden Rivalen um die Macht. Wenn nur das Volk ruhig bleibt – ruhig, weil satt.

Am Montag, dem 8. Januar 1990, bitet der sowjetische Botschafter in Bonn, Julij Kwizinski, „dringend“ um ein Gespräch mit Kohl: Ob die Hilfszusagen an Moskau noch gelten? Ob die Deutschen schnell Fleisch, Fett, Pflanzenöl und Käse liefern könnten? Getreide, sonst immer Mangelware, sei noch vorhanden. Und ob man einen „Freundschaftspreis“ berechnen könne?

Nichts lieber als das. Kohl, mit dem Talent gesegnet, Geben und Nehmen als Freundschaft zu zelebrieren, erklärt die Hungerhilfe zur Chefsache, und schon rollt aus westdeutschen Tiefkühlhallen der Überfluß gen Osten, 120 000 Tonnen. Die Kreml-Küche wird separat beliefert, mit Schmankerln aus Rheinland-Pfalz. Nein, kein Saumagen, sondern Würste.

Die Hilfe soll Michail Gorbatschows Reformwerk vorantreiben, dem manchmal etwas sentimental Südrussen aber vor allem beweisen, daß die Deutschen vom Rhein ihre Freundschaftsbeteuerungen ernst meinen. Wahre Freundschaft sieht nicht auf Rubel oder Mark, sie schaut aufs Herz. „Das deutsche Volk“, sagt Gorbatschow rückschauend im SPIEGEL-Gespräch (40/1995), „kann heute stolz sein, daß es so eine Gesellschaft, so einen Staat aufgebaut hat.“

Gorbatschow ist und bleibt Deutschlands Lieblingsrusse – umjubelt von der heimattrauen CSU im Münchner Hofbräuhaus, den karnevalesken Rheinländern, den schnoddrigen Berlinern. Ohne Gorbatschow und seinen (georgischen) Außenminister Eduard Shevardnadse hätte es 1990 wohl keine Wiedervereinigung gegeben. Die beiden hängen ihr Verdienst daran eher niedrig: Das sei, erklärt Gorbatschow, doch

* Am 20. Februar 1990 in Erfurt.



Deutsche Hilfssendung (1991): Die Kreml-Küche separat beliefert

„ein objektiv herangereifter Prozeß“ gewesen, der Wille der Geschichte.

Dabei hatte Kreml-Herrscher Gorbatschow die DDR, den sichtbaren Beweis des russischen Sieges im Großen Vaterländischen Krieg, nach der mißratenen Geburtstagsfeier am 7. Oktober in Ost-Berlin weder den Westdeutschen noch der Geschichte herausrücken wollen. „Michail Sergejewitsch, verstehen Sie, was die da schreiben?“ fragte ihn der sprachkundige polnische Parteichef Mieczyslaw Rakowski am Abend der Feier angesichts der Demonstranten, die im Chor „Gorbi, hilf!“ riefen. „Ja, ich verstehe es.“ – „Das ist doch das Ende“, erkannte der Pole.

Hinter Gorbatschows Rücken machte derweil Margot Honecker ihrem Erich eine Szene: Das sei eine Verschwörung, diese Demonstration. Honecker, nach zwei Krebsoperationen so malade wie sein Staat, nahm sich, in Hörweite Gorbatschows, seinen Kronprinzen Krenz vor: „Das hast du organisiert, das lasse ich dir nicht durchgehen!“

Mit seinen deutschen Genossen und Hilfwilligen verfuhr Gorbatschow fortan barsch und gnadenlos. Den kleinen Christdemokraten Lothar de Maizière (IM „Czerny“), der es 1990 noch zum allerletzten Ministerpräsidenten der DDR brachte, stauchte er im Kreml so zusammen – de Maizière: „Es krachte ziemlich“ –, daß der Dolmetscher Gorbatschows Flüche nur noch in einer jugendfreien Fassung übersetzte.

Vergebens hofften die Eliten der DDR, ihr oberster Chef in Moskau, dem sie immer wieder „unverbrüchliche Treue“ geschworen hatten, werde bei Kohl eine allgemeine Amnestie durchsetzen. Erfolglos antichambrierte im Frühjahr 1990 der Stasi-General Markus Wolf – 1939 nahm er als „Mischka“ Wolf die sowjetische Staatsbürgerschaft an – in Moskau für sich und die Seinen.

Unbeantwortet blieb auch der Brief des treuen Willi Stoph, Ex-Armeegene-

ral und Ex-Ministerpräsident von Moskau Gnaden, der Gorbatschow zur selben Zeit um politisches Asyl bat. „Richte aus“, wurde der Ost-Berliner Sowjetbotschafter aus Moskau angewiesen, „daß Michail Gorbatschow den Brief kennt.“ – „Mehr nicht?“ Nein, mehr nicht.

Genüßlich erzählt Walentin Falin, Deutschlandexperte des Kreml, mit dem entmachteten Gorbatschow aber



CSU-Gast Gorbatschow*
Deutschlands Lieblingsrusse

über Kreuz, daß die Amnestie für Straftaten der DDR-Führer und ihrer Helfershelfer zwischen Kohl und Gorbatschow im Sommer 1990 erörtert worden sei. Kohl habe vorgeschlagen, diejenigen zu benennen, die von Strafverfolgung verschont bleiben sollten. Das habe Gorbatschow abgelehnt, laut Falin mit den Worten: „Mit diesem Problem

* Am 6. März 1992 im Münchner Hofbräuhaus.

werden die Deutschen allein fertig.“ Seither mahlen die Mühlen der Justiz.

Bonns Außenminister Hans-Dietrich Genscher kennt beide Seiten des Michail Gorbatschow aus eigener Anschauung. Einerseits die mehrdeutige, oft raunende Rede von den „komplizierten Situationen . . . Prozessen . . . Problemen“ und der Notwendigkeit, sie „real zu sehen . . . richtig einzuschätzen . . . konsequent zu lösen“ – bei solchen Gelegenheiten erweist sich Gorbatschow als ein Meister der vollendeten Undeutlichkeit.

Aber Gorbatschow kann auch anders. Als Genscher

nach dem Mauerfall, am 5. Dezember 1989, nach Moskau reiste, in der Aktentasche Erläuterungen zu dem moderaten Zehn-Punkte-Plan seines Kanzlers Kohl, brüllte der Kreml-Herrscher den Deutschen ohne jede diplomatische Rücksicht an. Hauptvorwurf: Der deutsche Plan zu einer Annäherung der beiden deutschen Staaten sei „Herrenmenschenpolitik“.

Genscher nennt das heute „sehr offen miteinander sprechen“, „mit großer Härte“. Dem sowjetischen Partei- und Staatschef sei es damals vor allem darum gegangen, „mitzuwirken an einem Prozeß, den er für notwendig und unvermeidbar“ hielt. Gorbatschow wollte „Mitspieler, Mitgestalter“ sein. Das ist ihm gut gelungen. Er persönlich hat dabei aber verloren – unvermeidlicherweise, wie seine Frau Raissa meint.

Für die Großrussen, die ihrem untergegangenen Imperium nachtrauern und Gorbatschow die Schuld geben, hat der eine Argumentationskette parat, die dieser Diskussion über den Verlust der Ostblockstaaten überlicherweise ein Ende setzt: „Na schön, ich habe sie weggegeben. Aber an wen denn? Polen an die Polen, Ungarn an die Ungarn, die DDR an die Deutschen. Wem hätte es denn sonst gehören, wem hätte ich es denn sonst geben sollen?“

Rückschauend will Gorbatschow an die profanen Gelddinge nicht erinnert werden. Das sei ein „primitiver, kleinräumerischer Ansatz“. Was nicht heißt, daß der flotte Begriff „umrubeln“ ohne Leben blieb.

Als die West-Gruppe der sowjetischen Streitkräfte am 20. Juni 1990 erkannte, daß die zum 1. Juli geplante Einführung der West-Mark in Ostdeutschland den Magazineuren der Armee über Nacht jeden Einkauf unmöglich machen würde, legte sie ihr Veto ein.

Die folgenden 48 Stunden hat der damalige DDR-Staatssekretär und -Unter-

händler Günter Krause in schönster Erinnerung. „Es wäre doch wirklich furchtbar gewesen“, sagt er, wenn am 22. Juni „in der *Bild*-Zeitung gestanden hätte, die Russen sind gegen den Währungs-umtausch“. Krause kennt seine Pappenheimer. Dann hätte es „wirklich eine Revolution, vielleicht sogar Blutvergießen gegeben“.

Deshalb flog er sofort nach Bonn, Kohl öffnete die Schatulle, Krause düste – „top secret!“ – nach Moskau und offerierte 1,4 Milliarden Mark. Charascho.

Da war aber noch ein kleines Problem. Die Russen in der DDR besaßen Ost-Geld, zusammen rund 400 Millionen, pro Kopf also einen Tausender. Strenggenommen waren die 400 Millionen Schwarzgeld, der Ertrag vieler kleiner Privatinitiativen. Beraten von Bonner Experten, gründete die Armee blitzschnell eine eigene Bank, die Ost-Mark wurden eingezahlt und umgerubelt in West-Mark. Sähr gutt, otschen charascho.

Diese Lösung, sagt der Bundesbank-Präsident Hans Tietmeyer, „hat funktioniert“, und sie war, bemerkt er weise, „relativ klug“. Einen neuen Freund läßt man nicht im Regen stehen.

„Wir wollten unsere Unschuld nicht verlieren“

Als die Ostdeutschen „den süßen Köder der D-Mark schluckten, war ihr Schicksal besiegelt“, urteilt der russische Diplomat Kwizinski. „Keinerlei verspätete Reform, weder Demokratie noch Glasnost, wird einen Deutschen dazu bewegen, weiterhin in der DDR zu arbeiten, wenn er weiter westlich für die gleiche Arbeit das Vier- bis Sechsfache verdient.“ Ausgenommen vielleicht die Bürgerrechtler, diese „demokratischen Phantasten“, sagt Kwizinski, „die etwas von Demonstrationen und Hungerstreik verstehen, aber nicht das geringste von Wirtschaftspolitik“.

Im Nu hat das West-Geld Bärbel Bohleys idealistischer Schar das Wasser abgegraben. „Wir wollten unsere Unschuld nicht verlieren“, gesteht die Malerin vom Prenzlauer Berg, „wir haben nicht begriffen, daß man die Sache nicht einfach Herrn Krause und den anderen Leuten hätte überlassen sollen.“

Herr Krause und die anderen Leute waren aber die mehreren und die schwereren. Kaum war die DDR ins Rutschen gekommen – von ihrem Untergang war noch gar nicht die Rede –, ging das Gerangel um die freiwerdenden Führungspositionen los. Reform-SEDisten eroberten die Sessel der abservierten Altvorderen. Plötzlich wollten auch die sogenannten Blockparteien – vier staats-



DDR-Bürger mit D-Mark*: „Geld ist soviel wie geprägte Willensfreiheit“

treue Überbleibsel aus Stalins Zeiten, mit der SED in einer Nationalen Front vereint – selbständig agieren, allen voran die Liberalen von der LPD und die Christen der CDU. Der Volksmund nannte sie „Blockflöten“. Man wurde dort Mitglied, weil man seine Ruhe haben wollte oder – häufiger noch – weil so ein Stück vom großen Kuchen zu erhaschen war.

Kanzler Kohl, vor 1989 öfter mal privat in der DDR unterwegs, auch weil Frau Hannelore aus Leipzig stammt, hatte einen herzlichen Widerwillen gegen Blockflöten, die nun plötzlich zu Parteifreunden mutierten. Aber was sollte er machen, er, der Wahlkämpfer? Den „Sozen“ von der SPD das Terrain überlassen? Dann doch lieber die Blockflöten akzeptieren. Sie brachten ja schließlich neben Wählerstimmen auch Häuser, Telefone und willige Helfer mit in die Ehe. Diese bekam den Namen „Allianz für Deutschland“.

Für den 18. März 1990 waren die ersten freien Wahlen in der DDR terminiert. Kohl wartete mit seinem Jawort zur Blockflöten-Allianz bis zum allerletzten Moment. Erst am 5. Februar bat er die Herren aus Ostdeutschland zum Liebesmahl. Geladen waren neue Freunde wie de Maizière, der Senkrechstarter Peter-Michael Diestel (seine Partei hieß DSU – Deutsche Soziale Union –, der Dienstwagen war schon aus Bayern), auch der Dissidentenpar-

rer Rainer Eppelmann vom „Demokratischen Aufbruch“. Gefafelt wurde im Berliner Gästehaus der Bundesregierung, reichlich und vom Feinsten.

Eigentlich, urteilt Wolfgang Schäuble über des Kanzlers Gäste, seien das doch Menschen wie wir alle. Sie hätten eben, in harter Zeit, den „notwendigen Tribut an die existierenden Verhältnisse geleis-



Bürgerrechtler am „Runden Tisch“*: „Demokratische Phantasten“

stet“. Insonderheit habe der Günther Krause – dessen Bonner Karriere später am Goldrausch scheiterte – „von seinem ganzen Lebensgefühl her, aus seiner Lebenseinstellung heraus mit der DDR nichts im Sinn gehabt“. Dabei war der Mann ein erfolgreicher DDR-Karrierist, CDU-Kreisvorsitzender, ein protegierter Akademiker.

Krause, mit dem der frühere Finanzbeamte Schäuble von Ende April an die vertraglichen Einzelheiten der Vereini-

gung regelte, hatte jedenfalls ein sehr solides Verhältnis zur D-Mark. Die „DM-Stabilität“, erklärte er der Volkskammer, sei „mit die wichtigste soziale Errungenschaft“, ihre Gewährleistung sei deshalb das erste „prinzipielle Ziel“ seiner deutsch-deutschen Verhandlungen – mit hin höherrangig als Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit.

Wie der melancholische russische Romancier Fjodor Dostojewski in seinen „Aufzeichnungen aus einem Totenhaus“ feststellt, ist Geld „soviel wie geprägte Willensfreiheit“. Daran glauben auch immer mehr DDR-Bürger. Ohne West-Geld keine West-Reisen, kein West-Auto, keine West-Jeans. Oskar Lafontaine, 1990 Kanzlerkandidat der SPD, nahm kurz vor den Märzahlen an einem Brainstorming der ostdeutschen Genossen teil. Gemeinsam suchte man nach einem griffigen Wahlslogan. Eine junge Frau schlug die Zeile vor: „Wir wollen konsumieren.“ Genosse Oskar, ein Mann im Seidenhemd, fand das damals „so rührend“. Natürlich wurde der Vorschlag abgelehnt.

„Kommt die D-Mark, bleiben wir – kommt sie nicht, geh’n wir zu ihr“, riefen die Demonstranten im Chor. Demonstriert wurde überall mit Hingabe. Wehrpflichtige engagierten sich mit Kerzen in der Hand für die Abrüstung, vor allem die eigene. Künstler zogen auf die Straße, um ein „Kulturpflichtgesetz“ durchzusetzen; das sollte Subventionen für Maler, Lyriker, Dramaturgen und so weiter festschreiben, verzichtete aber auf eine allgemeine Theaterbesuchspflicht.

Über den richtigen Weg in die Zukunft wurde besonders lebhaft am „Runden Tisch“ diskutiert. Der hatte sich im Wendeherbst etabliert, modelliert von Geistlichen. Was anfänglich nur als Ventil für Dissidenten gedacht war, mauserte sich rasch zu einer Art Nebenregierung. SED-Mann Hans Modrow trug dem Rechnung, indem er dem Runden Tisch durch einen Beschluß seines Ministerrats „das Gebäude der Kreisleitung SED-PDS Berlin-Mitte,

* Oben: am 1. Juli 1990 vor einer Bank in Ost-Berlin; unten: Reinhard Schult (M.), Ingrid Köppe (2. v. r.) 1990 in Ost-Berlin.

Friedrichstraße 165 möbliert“ bereitstellte. Am 5. Februar ernennt die Regierung acht Oppositionelle zu Ministern ohne Geschäftsbereich. Die Wahlchancen der Regierenden erhöht das nicht.

Vom Februar 1990 an nehmen die Bonner den Wahlkampf in ihre erfahrenen Hände. Willy Brandt – „jetzt wächst

Die Minister eroberten erst mal schöne Villen

zusammen, was zusammengehört“ – tourt durch das Land, heiser und gut gelaunt. Helmut Kohl zieht mehr Zuhörer auf die großen Plätze als jemals zuvor und jemals danach in seiner Karriere: 150 000 in Erfurt und Magdeburg, 300 000 in Leipzig. In Hans-Dietrich Genschers Heimatstadt Halle kommen die Liberalen am 18. März 1990 auf zehn Prozent.

Der große Sieger aber heißt Helmut Kohl. Seine „Allianz für Deutschland“ fährt 48,1 Prozent ein. „Man hat damals faktisch schon die Personen aus dem Westen gewählt“, erläutert SPD-Mann Markus Meckel. „Man hat Kohl gewählt mit dem absurden Argument, die CDU hat das Geld, und die werden das dann schon machen.“

Dabei hatte Meckel Anfang März siegesgewiß den PDS-Ministerpräsidenten Modrow aufgesucht, um mit ihm vorsorglich die Übernahme der Regierungsgeschäfte zu erörtern. Und nun das: DDR-weit 21,9 Prozent für die SPD.

Erfreulicherweise einigten sich die neuen Volksvertreter mit den alten Blockflötenspieler auf eine große Koalition. Alle sollten und wollten regieren, ausgenommen die PDSler, abgeschmettert mit 16,4 Prozent. Noch heute wundert sich Volker Rühe, damals Generalsekretär der CDU, wie viele Herren Ministerpräsident werden wollten, „ganz unabhängig von ihrer Vergangenheit“.

Bei einigen erledigte sich der Wunsch, so bei SPD-Chef Ibrahim Böhme (IM „Bongartz“) und bei Wolfgang Schnur (IM „Dr. Ralf Schirmer“) vom konservativen Demokratischen Aufbruch. Ihre Vergangenheit als Stasi-Spitzel ließ sich nicht bagatellisieren.

Mehr Glück hatte der CDU-Chef Lothar de Maizière (IM „Czerny“). Eigentlich wollte der Rechtsanwalt den Konsistorialpräsidenten Manfred Stolpe (IM „Sekretär“) als neuen Ministerprä-

sidenten lancieren. Doch kaum war Ibrahim Böhme weg vom Fenster, übernahm der Christ Stolpe, wie von Geisterhand gelenkt, eine führende Rolle in der SPD. Unangefochten regiert er seither in Brandenburg.

De Maizières Koalitionsregierung bestand aus 24 Ministern, einer „Laienspielschar“, glaubt man dem Urteil westdeutscher Berufspolitiker. Manche waren tapfere Dissidenten gewesen, andere zu ihrer eigenen Überraschung plötzlich hoch aufs Trockene geworfen worden. Gemeinsam war allen der Wille, möglichst lange zu regieren. Dieser Vorsatz kollidierte jedoch mit der Mehrheitsmeinung des Volkes, die der DDR ein schnelles Ende wünschte. Als Resultat ergab sich ein Kuddelmuddel: Jeder macht, was er will, keiner macht, was er soll, aber alle machen mit.

Die Minister Rainer Eppelmann (Abrüstung und Verteidigung), Peter-Michael Diestel (Inneres) und Markus Meckel (Äußeres) eroberten jeder erst mal eine schöne große Villa, zum Teil mit Strand oder eigenem Swimmingpool. Andere gingen endlich mal richtig

lungen, in eine unfassbare und mir fremde Welt entglitten ist.“ Tag und Nacht von acht Bodyguards bewacht, Shakehands mit der ganzen TV-Prominenz, Blaulicht, Helikopter, Düsenjets, und am Abend neben Fürstin Gloria sitzen, in Bayreuth bei den Wagners. „Da habe ich mir gesagt, Diestel, du mußt ganz, ganz fix wieder aus dieser Scheinwelt herauskommen.“ Das ist gelungen. Halb zog es ihn, halb schob man ihn.

Politischen Neigungstätern wie Pfarrer Meckel ist ein solcher Wunsch fremd. Mit seinem Amtsbruder Martin Gutzeit (jetzt Stasi-Beauftragter in Berlin) hatte Meckel selten in der Bibel und oft bei Hegel nachgelesen, bis sie sicher waren, daß der Weltgeist dafür sei, eine SDP in der DDR zu installieren. Die Kuriosität – zwei Mann gründeten eine Volkspartei – war ihnen durchaus bewußt, aber sie fühlten die Vernunft auf ihrer Seite. Deshalb griff Meckel im März gleich nach dem Posten des Außenministers.

Der Mann hielt sich nur 131 Tage im Amt. Weil er partout regieren und nicht etwa nur reagieren wollte, sprudelte er



Propaganda für Volkskammer-Wahl 1990: „Die CDU hat das Geld“

shopping. Sabine Bergmann-Pohl, zur Präsidentin der Volkskammer gekürt, orderte am Tag nach der Wahl in einer exklusiven Ku'damm-Boutique auf einen Schlag Kleider und Kostüme für 30 000 West-Mark. Die Rechnung zahlte eine liebe Freundin von der CDU.

Nur wenige haben ihren rasanten Aufstieg im nachhinein kritisch reflektiert, darunter erstaunlicherweise das Rauhebein Peter-Michael Diestel: „1990 hatte ich das Gefühl, auf einer Wolke zu sitzen, die immer höher steigt und die, entgegen meinen persönlichen Vorstel-

alle paar Tage neue Ideen hervor: Im Interesse des Friedens und wahrer Brüderlichkeit wollte Meckel in Mitteleuropa aus DDR, Polen und Tschechoslowakei eine „Pufferzone“ bilden, alle alliierten Soldaten sollten Berlin sofort verlassen, mit Israel wollte er noch rasch diplomatische Beziehungen aufnehmen; die deutsche Armee sollte umgehend auf 300 000 Mann reduziert werden.

Munter betrieb Meckel Personalpolitik, die Freunde und Familie an seinen höheren Weihen teilnehmen ließ. Weil er hehre Ziele vor Augen hatte, konnte



„Zwei plus Vier“-Unterhändler Genscher (3. v. l.), Meckel (2. v. r.)*: „Ein guter Mensch“

in das Gespräch gegangen, und nun spreche das Kommuniqué von „Zwei plus Vier“. Darauf Schewardnadse: „Genscher hat so sehr darum gebeten, und Genscher ist ein guter Mensch.“

Dessen Duzfreund Kohl weiß bis heute nicht, ob er das glauben soll. Ihn irritierte der gern zur Schau getragene Alleinvertretungsanspruch seines ehemaligen Außenministers, der womöglich Reputation und Wählerstimmen kosten würde. Deshalb telefonierte der Oggersheimer im Jahr 1990 unermüdlich mit Bush und der Welt. Der Amerikaner hielt Kohl den Rücken frei. Glücklicherweise hatte der

Meckel nicht verstehen, daß er als Außenminister nichts gestalten sollte, sondern nur abwickeln.

Trotzig erklärte der Intellektuelle am 20. Juli 1990, zehn Wochen vor dem endgültigen Aus: „Die DDR ist ein souveräner Staat, ein Völkerrechtssubjekt und wird als solches weiterbestehen.“ Jetzt büßt der Hegelianer im fünfsten Jahr auf einer Bonner Hinterbank.

Im Kreis der Außenminister isolierte Genscher den Landpfarrer Meckel rasch. Die vier alliierten Kollegen hatten weder Zeit noch Lust, sich ostdeutsche Weltverbesserungsvorschläge anzuhören. Das Eis, auf dem man sich bewegte, sagt Genscher, „war sehr dünn“. Gorbatschows Machtbasis „war nicht so fest, wie viele glauben“. Deshalb sollte alles schnell, schnell gehen. Runter vom Eis, ehe es bricht.

Innerhalb weniger Monate handelten die Bonner etliche Jahrhundertverträge aus, mehr als in den 41 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik. Festgeschrieben wurden Deutschlands Grenzen, halbiert wurde die Zahl seiner Soldaten: Die NVA, im Felde unbesiegt, wurde auf-

gelöst und gleichzeitig die Bundeswehr um die NVA-Stärke verkleinert. Alle russischen Truppen verließen das Land; das wiedervereinigte Deutschland wurde Mitglied der Nato – kurzum: Der von den Deutschen begonnene und verlorene Zweite Weltkrieg wurde abgerechnet und beendet.

Vor einem Friedensvertrag mit den – zuletzt – 53 Kriegsgegnern drückten Genscher und Kohl sich erfolgreich. Genscher erklärte, daß „die Zeit über die Frage eines Friedensvertrages hinweggegangen“ sei – und damit auch über die Frage der Reparationen. Als der holländische und der italienische Außenminister versuchten sich einzumischen, wurde Genscher grob: „This is not your game!“

Die Veranstaltung, das Gespräch der zwei deutschen Regierungen mit den vier Großmächten, hieß vorsätzlich „Zwei plus Vier“. So sollte der Eindruck vermieden werden, die Deutschen säßen nur am Katzentisch. Sowjetberater Walentin Falin, der seinem Chef Gorbatschow im November geraten hatte, die deutsch-deutsche Grenze sofort und notfalls mit Gewalt zu schließen, fragte im Februar nach einem Treffen Genscher/Schewardnadse, wie denn der überraschende Zahlendreher zustande komme. Man sei doch mit „Vier plus Zwei“

US-Präsident gerade keine anderen Sorgen.

Mit den Freunden rund um Deutschland kam Kohl selber klar. „Kohls Fähigkeit, Details unbeachtet zu lassen, hat ihm damals sehr geholfen“, urteilt der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU). „Ich war mir mit Lothar Späth damals einig: Uns hätte der Schlag getroffen.“

Wer nicht spurt, der wandert. Im Sommer 1990, Kohl macht wie immer in St. Gilgen am österreichischen Wolfgangsee Ferien, bestellt er sich den DDR-Freund de Maizières in sein Urlaubsquartier. Der hat inzwischen Freude am Regieren gefunden: Der Einigungsprozeß geht ihm viel zu schnell. Die Nato müsse radikal reformiert werden, fordert er, und keinesfalls dürfe die Vereinigung die Erinnerung an die DDR „auslöschen“.

Derweil geht es in de Maizières sterbender Republik drunter und drüber. Die alten Eliten zerschreddern nimmermüde die belastenden Papiere. Jeder darf seine Kaderakte von allen Beweisen unverbrüchlicher Treue zu Partei und Staat reinigen.

Der Verteidigungsminister, Pazifist Eppelmann, gewinnt Freude am Pistolenschießen und schwänzt wegen des Selbstschutztrainings die Büroarbeit. Die Bauern rollen mit Traktoren nach Berlin, man hat vergessen, ihr Getreide aufzukaufen. Staatssekretär Günther Krause stellt sich dem Volkszorn. Ihn treffen, er hat mitgezählt, „9 Eier und 16 Tomaten“ – schade um seinen neuen auberginefarbenen Anzug. Das war die Modefarbe des Wendeherbstes.

In der Volkskammer kocht das Blut. Welche Abgeordneten gehören zur Sta-



Schäuble, Krause*

* Oben: mit den Außenministern James Baker (USA), Eduard Schewardnadse (UdSSR), Roland Dumas (Frankreich), Douglas Hurd (Großbritannien) am 5. Mai 1990 in Bonn; unten: am 24. August 1990 in Bonn.

si? Wann wollen wir der Bundesrepublik beitreten? Sofort, fordert mal die rechtsgestrickte Deutsche Soziale Union, mal der linke Bürgerrechtler Konrad Weiß. Die Hansestadt Rostock beschließt, sich notfalls ganz allein der Bonner Republik einzugliedern, Paragraph 23 des Grundgesetzes macht's möglich.

Am Wolfgangsee bringt Kanzler Kohl seinem Gast de Maizière in einer lauen Sommernacht bei, was das heißt: „Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers“. Der Kanzler, gut informiert über die Vergangenheit seines neuen Parteifreundes, schüttelt den IM „Czerny“ ordentlich durch. Danach gibt es keine Klagen mehr. Die Regierung der DDR, sagt Ex-Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, „hat praktisch die Waffen gestreckt“, sie hat „kapituliert“.

Schäuble und dessen „zweites Ich“, wie Pfarrer Meckel den DDR-Unterhändler Krause nennt, sind im Sommer der Einheit mit den Staats-, Wahl- und Einigungsverträgen flott vorangekommen. Natürlich gibt es anschließend Ärger um Grund und Boden, das ist

„Freiwillig aus der Geschichte verabschiedet“

immer so nach einer Revolution, und sei sie noch so friedlich.

Niemand will freiwillig auch nur einen Quadratmeter herausrücken – die Bonner Regierung als Erbe der DDR nicht die enteigneten Mauergrundstücke, auf denen der Todesstreifen geplant worden war, und die Ex-DDRler nicht die privatisierten Häuser der Ex-DDR-Flüchtlinge. Es gilt der Grundsatz: Was wir haben, haben wir.

„Es ist ungewöhnlich, daß sich ein Staat freiwillig aus der Geschichte verabschiedet“, erklärte Ministerpräsident Lothar de Maizière in seiner letzten Rundfunk-Rede am Todestag der DDR, dem 2. Oktober 1990. Es war die Freiwilligkeit eines Bankrotteurs, der zum Konkursrichter geschleppt wird.

De Maizière war auf 53 Kilo abgemagert. Das Ende der DDR hatte ihm den Appetit verschlagen, sein Anzug schlotterte, als habe er monatelang nur Rohkost essen dürfen.

Kanzler Kohl, der dicke Riese aus Oggersheim, am 3. Oktober hoch oben auf der Tribüne vor dem Berliner Reichstag plazierte und vom Feuerwerk der nächtlichen Vereinigungsfeier beleuchtet, bot ein Bild vollkommener Zufriedenheit. Er sah aus, als habe er die DDR ganz allein geschluckt.